

■ Schmerzliche Auswirkungen

Die Finanzkrise und ihre Folgen für die öffentliche Kulturförderung in Spanien

Spanien ist ein föderaler Staat mit verschiedenen Regierungsebenen: dem (Zentral-)Staat, den 17 Autonomen Gemeinschaften bzw. Gliedstaaten (Andalusien oder Katalonien) sowie den 8.000 Städten und Gemeinden. Alle drei Ebenen nehmen Verantwortung für den Kulturbereich wahr. In der Praxis liegt die öffentliche Kulturförderung allerdings überwiegend in den Händen der Gemeinden und Autonomen Gemeinschaften.

Die Finanzkrise hat sich insbesondere auf den Kulturbereich ausgewirkt – spürbar durch zahlreiche Kürzungen und Konsolidierungsmaßnahmen. Diese Entwicklungen – sowohl der Kulturausgaben als auch der spanischen Kulturpolitik in den letzten Jahren – aufzuzeigen, ist Ziel dieses Beitrages.

Die öffentlichen Kulturausgaben und ihre Entwicklung von 2007 bis 2010

2010 betragen die öffentlichen Kulturausgaben aller drei Regierungsebenen in Spanien insgesamt 6,86 Mrd. Euro. Das entspricht rund 0,65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 1,36 Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben (siehe Tabellen 1 und 2).

Der größte Anteil der öffentlichen Kulturförderung wird von den Gemeinden aufgebracht: 2010 waren es mit 4,04 Mrd. Euro 59 Prozent der gesamten öffentlichen Kulturausgaben (das entsprach 0,38% des BIP). Die Autonomen Gemeinschaften haben 2010 1,77 Mrd. aufgewandt, womit ihr Anteil an den öffentlichen Kulturausgaben 26 Prozent (0,17% des BIP) betrug. Die zentralstaatliche Ebene hat die Kultur 2010 mit 1,05 Mrd. Euro gefördert; damit erbrachte sie mit 15 Prozent den kleinsten Anteil (0,10% des BIP).

Vergleicht man die gesamten öffentlichen Kulturausgaben von 2007 in Höhe von 6,59 Mrd. Euro mit denen von 2010 in Höhe von 6,86 Mrd. zeigt sich zwar insgesamt ein Anstieg – nominal in Höhe von 4,1% –, gemessen am Preisniveau von 2006 sind sie dagegen um 1,4 Prozent gesunken. Bei der Interpretation dieser Daten ist allerdings zu beachten, dass es 2008 auf allen Regierungsebenen zu einer Erhöhung der Kulturausgaben kam – insgesamt auf 7,09 Mrd. Ab 2008 zeigen sich dann aber die Auswirkungen der Finanzkrise: seitdem sind die öffentlichen Kulturausgaben insgesamt rückläufig. Zwischen 2008 und 2010 ist die Kulturförderung gemessen am BIP und den öffentlichen Gesamtausgaben um 0,01 Prozent bzw. 0,12 Prozent zurückgegangen.

Bei den einzelnen Regierungsebenen stellt sich die Entwicklung der Kulturausgaben allerdings sehr unterschiedlich dar: Während die Kulturausgaben der Autonomen Gemeinschaften deutlich gesunken sind – im Vergleich zwischen 2007 und 2010 nominal um 10,5 und real um 15,3 Prozent, im Vergleich zwischen 2008 und 2010 nominal sogar um 17 Prozent –

Autonomen Gemeinschaften sehr unterschiedlich darstellt. So sind 2010 beispielsweise 70 Prozent der Kulturausgaben der Autonomen Gemeinschaften von 5 der 17 Regionen aufgebracht worden und 20 Prozent der Kulturausgaben der 8.000 Gemeinden allein von den Gemeinden in Katalonien.

Tabelle 1: Öffentliche Kulturausgaben nach Regierungsebene, 2007 bis 2010

Regierungsebene	2007		2008		2009		2010	
	Gesamt (in Tsd. EUR)	Pro Kopf	Gesamt (in Tsd. EUR)	Pro Kopf	Gesamt (in Tsd. EUR)	Pro Kopf	Gesamt (in Tsd. EUR)	Pro Kopf
Zentralregierung	990.823	22,3	1.075.338	23,7	1.135.273	24,8	1.050.642	22,8
Autonome Gemeinschaften	1.976.378	44,4	2.128.971	47,0	2.046.369	44,7	1.769.059	38,5
Gemeinden	3.623.324	81,5	3.886.044	85,8	3.836.844	83,7	4.042.551	87,9
GESAMT	6.590.525	148,2	7.090.353	156,5	7.018.486	153,2	6.862.252	149,2

Quelle: Ministerium für Bildung, Kultur und Sport (mehrere Jahre), *Cultural Statistics Yearbook*

sind dagegen die Ausgaben der der Gemeinden seit 2007 jährlich gestiegen (bzw. 2009 annähernd konstant geblieben) und die der Zentralregierung bis 2009 gestiegen, um 2010 in etwa das Niveau von 2008 zu erreichen.

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in den Pro-Kopf-Ausgaben wider. Vergleicht man 2007 und 2010, so sind die öffentlichen Kulturausgaben pro Kopf insgesamt von 148,20 Euro auf 149,20 Euro gestiegen. Auch hier zeigt sich der deutliche Anstieg von 2007 auf 2008 und die jeweilige Reduzierung in den Folgejahren.

Ebenso wie die öffentlichen Kulturausgaben insgesamt haben sich die Pro-Kopf-Ausgaben in den Regierungsebenen unterschiedlich entwickelt. 2007 verteilte sich der prozentuale Anteil der Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur auf die Zentralregierung mit 15 Prozent, die Autonomen Regionen mit 30 Prozent und die Gemeinden mit 55 Prozent. 2010 zeigt sich auch in den Pro-Kopf-Ausgaben die Verschiebung, der Anteil der Zentralregierung blieb bei 15 Prozent, wohingegen der der Autonomen Regionen auf 26 Prozent sank und der der Gemeinde auf 59 Prozent stieg.

Dabei ist zu beachten, dass sich die Entwicklung in den einzelnen Gemeinden und

Die Entwicklung der Kulturpolitik seit 2010

Die Kürzungen der öffentlichen Kulturausgaben gingen einher mit Veränderungen in der Kulturpolitik – beispielsweise in Form von Neustrukturierung der Verwaltung, der Veröffentlichung eines allgemeinen Strategieplans und Steuererhöhungen.

Tabelle 2: Anteil der öffentlichen Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukts (BIP) und an den öffentlichen Gesamtausgaben (ÖG), 2007 bis 2010

Regierungsebene	2007		2008		2009		2010	
	In % BIP	In % ÖG	In % BIP	In % ÖG	In % BIP	In % ÖG	In % BIP	In % ÖG
Zentralregierung	0,01	0,50	0,10	0,47	0,11	0,47	0,10	0,43
Autonome Gemeinschaften	0,19	1,22	0,20	1,21	0,19	1,08	0,17	0,99
Gemeinden	0,34	5,08	0,36	5,19	0,36	4,83	0,38	5,29

Quelle: Ministerium für Bildung, Kultur und Sport (mehrere Jahre), *Cultural Statistics Yearbook*

Auf der zentralstaatlichen Ebene brachten die Wahlen im November 2011 die rechtskonservative Volkspartei *Partido Popular* (PP) an die Regierung, die das Kulturressort in einem neuen Staatssekretariat für Kultur – eingegliedert in ein Ministerium für Bildung, Kultur und Sport – ansiedelte. Diese Reorganisation erfolgte zusätzlich zu den noch von der sozialdemokratischen Partei PSOE (Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) initiierten Maßnahmen zur Reduzierung der An-

zahl hochrangiger Beamter und zur Restrukturierung von Unternehmen.

Obwohl sich die Prioritäten der neuen Regierung im Wesentlichen nicht von denen der PSOE unterschieden, führte die schwere Wirtschaftskrise zu weiteren Kürzungen im Kulturbereich. Zugleich wurden von den geförderten Einrichtungen in höherem Maße Effektivität, Effizienz und Transparenz gefordert. Außerdem wurde ein stärker nationalistisch geprägter Ton erkennbar: Insbesondere die konservativen politischen Akteure sahen im bestehenden System eine Dopplung von Strukturen und eine Quelle von Ineffizienz im Management öffentlicher Ressourcen. Als weiteren Beleg ihrer Auffassungen führten sie insbesondere die hohen Schulden einiger Autonomer Gemeinschaften und Gemeinden an.

Im Juni 2012 veröffentlichte das Staatssekretariat für Kultur den »Allgemeinen Strategischen Plan 2012–2015« (»Plan Estratégico General 2012–2015«). Darin ist »Kultur als Grundrecht« verankert, Kultur und Kreativwirtschaft werden als Innovationsmotor herausgestellt und die Förderung von spanischer Kultur im Ausland angeführt. Ein wesentliches im Plan formuliertes Ziel ist eine höhere Beteiligung sowohl von Individuen als auch von Unternehmen an der Finanzierung und Förderung von Kultur. Dafür soll ein neues Sponsorship-Gesetz auf den Weg gebracht werden. Obwohl dieser neue gesetzliche Rahmen von den Akteuren im Kulturbereich gewünscht bzw. eingefordert wird, steht seine Ausarbeitung und Verabschiedung, die auch eine Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Öffentliche Verwaltung erfordern würde, immer noch aus.

Die Nichtexistenz eines neuen rechtlichen Rahmens für privatwirtschaftliche Kulturförderung verstärkt die Krise des Kultursektors, der mit harten Kürzungen der öffentlichen Kulturausgaben zu kämpfen hat. Diese Krise wird aber durch neue steuerrechtliche Maßnahmen, welche die Budgetstabilität und Wettbewerbsfähigkeit Spaniens fördern sollen, seit September 2012 noch weiter verschärft. Danach wurde der Normalsteuersatz von 18 auf 21 Prozent erhöht und der ermäßigte Steuersatz von 8 auf 10 Prozent. Zugleich ist für bestimmte kulturelle Produkte und Dienstleistungen nicht mehr der ermäßigte Steuersatz, sondern der Normalsteuersatz zu zahlen. Dies betrifft beispielsweise Eintrittskarten für das Theater, den Zirkus und andere kulturelle Veranstaltungen, den Erwerb von Kunstwerken und den Kauf weiterer künstlerischer Leistungen. Trotz massiven Widerstands gegen alle diese Maßnahmen durch Kunst- und Kulturakteure hat die Regierung deren Umsetzung weiter vorangetrieben. Eine kürzlich erschienene Studie (ICC consultants, 2012: Impacto del



Vor dem Start von »Kreatives Europa«

Drittland-Projektsergebnisse: Schlusspunkt von KULTUR (2007–2013)

Nachdem im Vorjahr, als es im Sonderaktionsbereich 1.3.5 »Kooperationen mit festgelegten außereuropäischen Ländern« insgesamt nur 29 Anträge für europäische Kooperationsprojekte in Südafrika gegeben hatte, wurden in diesem Jahr stattliche 111 Projektvorhaben mit Kanada oder Australien eingereicht, davon 7 aus Deutschland. Aufgrund der großen Nachfrage sank die Förderquote dieses Jahr auf rund 11 Prozent (Vorjahr: 28 Prozent). Unter den zwölf ausgewählten Projekten findet sich eines unter deutscher Federführung, eingereicht von der *Werkleitz Gesellschaft e.V.*, Halle an der Saale, in dem es vorrangig um Künstlerresidenzen geht. Außerdem beteiligen sich das *Internationale Literaturfestival Berlin*, das *Goethe Institut*, die *Trans-Media-Akademie Hellaerau* und *Public Art Lab* an vier weiteren Projekten. Ein Antrag mit deutschem Projektleiter, hervorgegangen aus dem EU-geförderten Jugendtheaterkonsortium *Platform 11+*, rekrutierte dieses Mal aus dem eigenen Netzwerk Partner anderer Länder und war unter italienischer Federführung erfolgreich. Die Förderung pro Projekt beträgt bis zu 200.000 Euro. Dies war die letzte Antragsrunde im Programm KULTUR (2007–2013).

Die nächsten Schritte

Weiter geht es nach dem Abschluss des Beschlussverfahrens mit dem Programm »Kreatives Europa«, in dem das bisherige Programm KULTUR mit den Filmförderprogrammen MEDIA und MEDIA Mundus zusammengelegt und um ein neues, spartenübergreifendes »Finanzierungsinstrument« ergänzt wird. Letzteres wird überwiegend aus einem Garantiefonds bestehen, der bisher in ähnlicher Form bereits innerhalb des MEDIA-Programms bestand und der künftig nicht nur der Filmindustrie, sondern allen Kultursparten zu vergünstigten Darlehen verhelfen soll.

Auch die Kontaktstellen für diese bisher getrennten Programme, also die *Cultural Contact Points* und die *MEDIA Desks/Antennen*, sollen auf Wunsch der Europäischen Kommission in den teilnehmenden Ländern jeweils enger zusammenrücken. In Deutschland wird der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM) der gemeinsame Vertragspartner der EU-Kommission sein, der mit den jeweiligen Trägern (*Kulturpolitische Gesellschaft* und vier Landesfilmfonds) Unterverträge für die fünf deutschen Kontaktstellen abschließen wird.

Es besteht ein weitgehendes Einverständnis zwischen dem Kulturausschuss des Euro-

päischen Parlamentes und dem Kulturministerrat über einen Kompromisstext für die Ausgestaltung des Programms, der bislang jedoch nicht veröffentlicht wurde. Darüber wird das EU-Parlament Ende September in erster Lesung abstimmen. Danach kann der nächste Ministerrat seinerseits das Programm beschließen, womit es offiziell in Kraft tritt und die erste Ausschreibungsrunde starten kann.

Die Erfahrung aus dem Programmwechsel von 2006 auf 2007 lehrt, dass die erste Einreichfrist für Kulturprojekte erst im Frühjahr 2014 zu erwarten ist.

Mittelkürzung im Förderbereich KULTUR?

Verwirrend sind die derzeit oft unterschiedlich benannten offiziellen Zahlen für das künftige Gesamtbudget. Bekanntlich hat sich die Europäische Kommission mit ihrem ursprünglichen Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) nicht durchsetzen können und somit waren die für das neue Siebenjahresprogramm in Aussicht gestellten 1,8 Mrd. Euro leider ein kurzer Traum. Im Nachhinein liest man als ursprünglichen Etatvorschlag jedoch oft von 1,6 Mrd. Euro. Gleiches gilt für den aktuellen Kompromiss, der für das Programm nun 1,29 Mrd. Euro vorsieht – meist ist von 1,46 Mrd. Euro die Rede. Die Lösung: Die jeweils höhere Summe beinhaltet bereits einen geschätzten Inflationsausgleich für die kommenden Jahre bis einschließlich 2020. Budgets kann man nur vergleichen, wenn man Zahlen mit dem gleichen Geldwert zu einem bestimmten Zeitpunkt gegenüberstellt. Das bedeutet, dass den alten Budgets (das Programm KULTUR 400 Mio., MEDIA 755 Mio., MEDIA Mundus 15 Mio. Euro) ein siebenjähriger Inflationsausgleich (p.a. 2,35 Prozent) hinzugeschlagen werden müsste. Nach dieser Rechnung würde der Förderbereich KULTUR eine Einbuße von rund 14 Prozent hinzunehmen haben! Angesichts der Tatsache, dass Kultur seit Jahren als wichtige Querschnittsaufgabe definiert wird, was durch diverse europäische Studien überzeugend belegt ist, bleibt zu hoffen, dass über die Budgetverteilung innerhalb des neuen Programms das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Sabine Bornemann

Der *Cultural Contact Point Germany* ist die nationale Kontakt- und Informationsstelle für Kulturförderprogramme der *Europäischen Union*. Trägerorganisationen sind die *Kulturpolitische Gesellschaft* und der *Deutsche Kulturrat*.

CULTURAL CONTACT POINT GERMANY
c/o Kulturpolitische Gesellschaft
Haus der Kultur • Weberstr. 59a • 53113 Bonn

aumento del IVA en el sector de las artes escénicas en España) schätzt den Rückgang der Nachfrage nach Darbietungen im Bereich der Darstellenden Kunst aufgrund der Mehrwertsteueranhebung auf ca. 20 Prozent und den Rückgang bei der Anzahl der Beschäftigten in diesem Bereich zwischen 8 und 10 Prozent ein. Aber nicht nur im Bereich der Darstellenden Künste ist diese Entwicklung zu beobachten: Die Anzahl der Beschäftigten im Kulturbereich insgesamt ist 2011 um 7,4 Prozent zurückgegangen, der Anteil der Beschäftigten im Kulturbereich an der Gesamtanzahl der Beschäftigten in Spanien sank 2011 auf 2,7 und 2012 auf 2,6 Prozent (laut Angaben des Kulturstatistischen Jahrbuches).

Die Erstellung der Haushaltsansätze der PP in den letzten drei Jahren, in denen der Ansatz für die Kulturausgaben der Zentralregierung um 40 Prozent gekürzt wurde (wenn auch diese Zahlen noch nicht offiziell vom Kulturstatistischen Jahrbuch bestätigt sind), folgte zwei zentralen Vorgaben: die Funktion von »Kerninstitutionen« und kulturellen Dienstleistungen sicherzustellen und die Entwicklung ergänzender Finanzierungsmodelle mit einer höheren Beteiligung des privaten Sektors voranzutreiben. Diese Ziele konnten aber bislang nicht bzw. nur sehr begrenzt umgesetzt werden. Das betrifft sowohl die Sicherung der »Herzstücke« der Kulturinstitutionen: Selbst renommierte Institutionen in Madrid wie etwa das *Royal Theatre*, das *Prado Museum* und das *Reina Sofia Museum und Kunstcenter* haben Kürzungen von bis zu 30 Prozent in ihrem Budget für 2013 hinnehmen müssen. Abseits der Hauptstadt nahmen auch Kürzungen in Flaggschiffinstitutionen wie dem *Liceu Opera House* in Barcelona

und dem *Maestranza Theater* in Sevilla dramatische Ausmaße an.

Auch auf Ebene der Autonomen Gemeinschaften sind – wie oben dargestellt – starke Kürzungen zu verzeichnen. Nach noch nicht offiziell bestätigten Angaben sind die Haushaltsansätze für die öffentliche Kulturförderung bei den Autonomen Gemeinschaften zwischen 2010 und 2012 um fast 30 Prozent gekürzt. Diese Kürzungen haben aufgrund des hohen Anteils der Autonomen Regionen an den gesamten öffentlichen Kulturausgaben besonders schmerzliche Auswirkungen – zumal sie parallel zu den Kürzungen der Zentralregierung erfolgen. Insbesondere in Barcelona ist die Situation besonders kritisch: die Förderung, die Barcelona zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Kulturhauptstadt 2010 erhalten hat, sind nach Ablauf des Kulturhauptstadtjahres radikal gekürzt und nach 2013 endgültig gestrichen worden. Neben den finanziellen Kürzungen wurden in den Autonomen Gemeinschaft einige institutionelle Veränderungen vorgenommen, die negative Auswirkungen auf den Kulturbereich hatten und haben. Katalonien ist die einzige Region, die ein Ministerium geschaffen hat, das ausschließlich für Kultur zuständig ist, während die anderen Regionalregierungen Kultur gemeinsam mit Bildung, Tourismus und/oder Sport ressortieren.

Da die meisten großen Kulturinstitutionen in Spanien von öffentlichen Konsortien verwaltet werden (in denen für gewöhnlich alle drei Regierungsebenen vertreten sind), haben die starken Kürzungen das Überleben vieler Flaggschiffinstitutionen gefährdet.

Die Auswirkungen der Krise sind offensichtlich: Große und kleine Kulturinstitutionen schließen Aufführungsorte, reduzieren ihr Kulturangebot, entlassen Personal und kürzen die Löhne des noch vorhandenen Personals. Erschwerend kommt hinzu, dass in Zeiten des Baubooms eine Reihe von neuen Kulturinstitutionen aus öffentlichen Mitteln insbesondere auch des Kulturbudgets gebaut worden sind, die teilweise gar nicht in Betrieb genommen wurden bzw. nie ein Programm erstellt haben.

Von den Kürzungen sind aber nicht nur die Kulturinstitutionen betroffen, sondern auch eine Vielzahl kultureller Projekte und die Kultur- und Kreativwirtschaft insgesamt. Es ist zu beobachten, dass sich der wirtschaftliche und soziale Einfluss des Kulturbereichs bzw. seiner Akteure über die letzten Jahre verringerte (Fundacion Contemporanea, 2013, Observatoria de la cultura).

Neben der Zentralregierung und den Autonomen Gemeinschaften haben auch die Gemeinden ihre öffentlichen Kulturausgaben reduziert: zwischen 2010 und 2012 um ca. 30 Prozent. Mit Ausnahme einiger Städte und Gemeinden haben die meisten einen substan-

ziellen Rückgang sowohl ihrer kulturellen Infrastruktur als auch ihrer kulturellen Aktivitäten hinnehmen müssen. Um die Gemeinden in ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung ihrer Kulturinstitutionen und ihres kulturellen Lebens zu unterstützen, hat die zentrale Regierung zwei Programme aufgelegt: 2011 hat die PSOE ein Förderprogramm für den Darstellenden Bereich ins Leben gerufen, 2012 die PP im Rahmen des »Plan Estratégico General 2012–2012«. Letztere zielten auf ein Unterstützungsangebot für die Kommunen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Erhöhung der Mobilität der Künstler und der Kunstwerke, die Förderung von Kultur im ländlichen Raum und solcher Projekte, die einen Beitrag zur Sicherstellung der kulturellen Infrastruktur leisten. Wie sich diese Programme auswirken, wird erst in den nächsten Jahren zu beurteilen sein. Für den Bereich der Darstellenden Künste jedenfalls hat sich das Angebot in den Gemeinden 2012 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um etwa 60 Prozent reduziert. (vgl. ICC 2012)

Zusammenfassung

Spanien ist besonders hart von der Finanzkrise betroffen. Um diese Krise zu bewältigen, hat die Zentralregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die schmerzliche Auswirkungen auf den Kulturbereich haben. Dazu zählen einerseits die starken Kürzungen des Kulturhaushaltes, seit 2008 sind die öffentlichen Kulturausgaben in Spanien gesunken, und andererseits die Steuererhöhungen auf Kulturgüter und -dienstleistungen. Die Auswirkungen zeigen sich sowohl in der kulturellen Infrastruktur in Form von Schließung und Gefährdung von Kultureinrichtungen als auch bei kulturellen Projekten und in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Im Haushaltsansatz 2013 hat die Zentralregierung beispielsweise die Fördertöpfe für den Kauf von Büchern in öffentlichen Bibliotheken gestrichen und die Fördermittel im Filmsektor um 30 Prozent verringert.

Die Hauptrolle bzw. Hauptlast der Kulturförderung wird in Spanien von den Autonomen Gemeinschaften und den Gemeinden übernommen, welche in besonderem Ausmaß von öffentlichen Schulden betroffen sind. Zusammen mit den Kürzungen der Zentralregierung hat es auch auf der regionalen und kommunalen Ebene zu starken Einschränkungen der kulturellen Infrastrukturen geführt. Diese Situation hat eine zunehmende gesellschaftliche Debatte über den dringenden Bedarf an stärkerem privatem Engagement ausgelöst, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene. Um dieses allerdings stärker nutzen zu können, bedarf es entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen.

Anna Villarroya



Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Seminar »Europa gemeinsam gestalten«
3. und 4. Dezember 2013, 9.30 bis 17.00 Uhr, Haus der Kultur, Bonn

Internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern werden mit dem EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« gefördert. Mitarbeiter/innen von Kommunen, Vereinen und anderen Organisationen lernen das neue Bürgerschaftsprogramms (2014–2020) kennen. Am zweiten Tag finden Workshops zu zentralen Themen des europäischen Projektmanagements statt. Die Teilnehmer/innen können ihre Projektideen weiterentwickeln und nehmen praktisches Wissen für eine EU-Antragstellung in den kommenden Jahren mit.

Weitere Informationen: www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen